

- **Initiative „City 21“.** Zusammen mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden und den Verbänden des Einzelhandels werden wir die Initiative „City 21“ zur Stärkung der Innenstädte als Einzelhandelsstandorte fortsetzen.
- **CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm.** Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm wurde zum 1. Januar 2007 erweitert. Von den erweiterten Fördermöglichkeiten können jetzt auch die Kommunen profitieren. Gefördert werden Maßnahmen zur energetischen Sanierung an Schulen, Sporthallen und Kindertagesstätten, die bis 1. Januar 1990 fertig gestellt worden sind. In Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ können bis zu 100 Prozent der förderfähigen Maßnahmen mit den günstigen KfW-Kommalkrediten finanziert werden, außerhalb dieser Gebiete bis zu 70 Prozent.
- **Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“.** Mit dem von der CDU eingebrachten Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ werden generationenübergreifend nachbarschaftliche Begegnung, familienorientierte Dienstleistungen, Förderung für Kinder und Beratungsangebote für Familien angeboten. Bis Ende 2010 wird in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt ein Mehrgenerationenhaus die Arbeit aufnehmen.



### Das will die CDU über 2009 hinaus

Für die CDU bleibt das Ziel, die Einnahmen der Kommunen endlich dauerhaft auf eine solide Basis zu stellen. Nötig ist eine grundlegende Gemeindefinanzreform, die mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Unternehmensteuerrechts verbunden werden sollte.

Mehr Informationen finden Sie unter: [www.kommunalpolitik.cdu.de](http://www.kommunalpolitik.cdu.de)



#### Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation

Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin

Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | [info@cdu.de](mailto:info@cdu.de) | [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

05/0807 | Bestell-Nummer: 2297

Erfolgreiche Politik für die Menschen  
in Städten und Gemeinden.

Besser für die Menschen.



## Das schwere Erbe von Rot-Grün

Unter der rot-grünen Bundesregierung mussten die Kommunen in Deutschland Haushaltsdefizite in noch nie dagewesenem Ausmaß ausweisen. Infolgedessen gab es einen Investitionsrückgang um mehr als 20 Prozent von 1998 bis 2005.

Rot-Grün hatte zudem die Absenkung der Bundesbeteiligung an Kosten der Kommunen für die Unterkünfte der Hartz-IV-Empfänger auf Null vorgesehen sowie eine kommunale Rückzahlung hierzu in Höhe von rund drei Milliarden Euro für 2005.

Auch für die Bund-Länder-Programme zur Städtebauförderung hatte Rot-Grün kein taugliches Konzept für einen Bundeshaushalt 2006 hinterlassen.



## Die unionsgeführte Bundesregierung eröffnet Perspektiven

### Die Kommunen nachhaltig stärken

Die CDU vertraut auf die Kraft und die Leistungsfähigkeit unserer Gemeinden, Städte und Landkreise. Wir wollen den Menschen vor Ort die Chancen und Möglichkeiten zurückgeben, ihre Heimat selbst gestalten zu können.

Die Einnahmesituation der Kommunen hat sich verbessert. Insbesondere aus Gewerbesteuereinnahmen sind für das Jahr 2006 hohe Zuwächse zu verzeichnen. Diese erreichen aber nicht alle Städte und Gemeinden gleichermaßen. Zudem leiden viele Kommunen noch immer unter der schwierigen Haushaltslage der letzten Jahre.

### Für eine selbstbestimmte Politik vor Ort

Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel sind den Kommunen wieder Perspektiven für eine selbstbestimmte Politik vor Ort eröffnet worden.

- **„Wer bestellt – bezahlt.“** Durch die beschlossene Föderalismusreform kann der Bundesgesetzgeber den Kommunen keine kostenträchtigen Aufgaben mehr aufbürden.
- **Rechts- und Planungssicherheit.** Die unionsgeführte Bundesregierung ließ die kommunalfeindlichen Rückzahlungsforderungen an die Kommunen für die Unterkünfte der Hartz-IV-Empfänger fallen und stellte zudem die Bundesbeteiligung für das Jahr 2006 in vollem Umfang sicher. Mit einer vereinbarten Regelung für 2007 bis 2010 steigert sie den Bundesanteil und stellt sogar über das Ende der laufenden Legislaturperiode hinaus Rechts- und Planungssicherheit für die Kommunen her. Damit wird die Entlastung der Kommunen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe um 2,5 Milliarden Euro gesichert.

- **Reform der Unternehmensbesteuerung.** Zum 1. Januar 2008 wird die Reform der Besteuerung der Unternehmen umgesetzt. Die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle wird erhalten und stabilisiert. Gleichzeitig bekommen Unternehmen die Möglichkeit, verstärkt zu investieren. Durch eine niedrigere Gesamtsteuerlast wird es für Unternehmen wieder attraktiv, ihre Gewinne stärker als bisher in Deutschland zu versteuern und nicht im Ausland. Von den positiven Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt profitieren auch die Städte, Gemeinden und Landkreise.

### Lebenswerte Städte – zum Wohnen und Arbeiten

Wir wollen lebenswerte und lebendige Innenstädte. Deshalb werden wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen erhalten und wenn nötig ausbauen, um die Innenstädte zu stärken.

- **Bund-Länder-Programme zum Städtebau.** Die Bund-Länder-Programme zur Städtebauförderung helfen den Kommunen derzeit in über 1.700 Stadtquartieren. Damit werden dringende Investitionen in die Infrastruktur und die Modernisierung der Gebäude in Gang gebracht und einer Verödung von Innenstädten entgegengewirkt.
- **Soziale Stadt.** Die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ wurden noch im Februar 2006 durch die unionsgeführte Bundesregierung für das Jahr 2006 um 40 Millionen Euro auf 110 Millionen Euro aufgestockt.
- **Beschleunigte Verfahren.** Mit dem „Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte“ vom 9. November 2006 wird unnötige Bürokratie abgebaut und ein neues beschleunigtes Verfahren für Bebauungspläne eingeführt. Es ist das Ziel der unionsgeführten Bundesregierung, lebendige Innenstädte und Stadtteilzentren zu stärken und zu entwickeln.